

Gemeindeblatt

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Sally Kaufmann, Düsseldorf, Hohentorstraße 9

der Jüdischen Gemeinde Duisburg
Amtliches Organ der Gemeinde
Verlagsort: Kassel.

Inseraten-Akademie:
H. Kaufmann, Duisburg
Unberührtstraße 18

3. Jahrgang

Duisburg, den 1. August 1930

Nr. 13

Die Deutsche Staatspartei und der Antisemitismus.

Die in diesen Tagen neugegründete Deutsche Staatspartei, in der sich bekanntlich die Demokratische Partei und die mit dem Jungdeutschen Orden verbundene Volkshationale Vereinigung mit einigen anderen Gruppen zusammengeschlossen haben, rief wegen der Verbindung mit der Volkshationalen Vereinigung in einem Teil der Demokratischen Partei eine mißliche und mit Zweifel beladene Vorstellung in bezug auf die jungdeutsche Mythologie in Rassefragen hervor. In der Abstimmungsansprache des demokratischen Parteiausschusses forderte der stellvertretende Vorsitzende des Central-Vereins Dr. Bruno Weil ein klares Bekenntnis, daß der Antisemitismus in der neuen Partei keinen Raum habe. Anlässlich der Vorgänge im demokratischen Parteiausschuss über die neue Staatspartei und ihre Stellung zum Antisemitismus befragt, teilt Dr. Bruno Weil der Z.M. mit:

Die neue Partei ist aus der Vereinigung der alten Demokratischen Partei mit der vor etwas mehr als Jahresfrist gegründeten Volkshationalen Vereinigung, einer Anzahl christlicher Gewerkschafter und junger Volksparteiler hervorgegangen. Bei der stattgehabten Beratung des demokratischen Parteiausschusses ist die Frage nach der Stellung der neuen Partei zur Judenfrage mehrfach aufgeworfen worden. Die Volkshationale Vereinigung nimmt an sich Mitglieder ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses auf, steht aber im persönlichen Zusammenhang mit dem Jungdeutschen Orden, in dessen Bestimmung der Arierparagraf enthalten ist. In seinem Klerikalrat wies der frühere Minister Erich Koch-Weser darauf hin, daß der Vorsitzende der Volkshationalen Vereinigung es als Verleumdung erklärt habe, wenn man ihn des Antisemitismus beschuldige. Er selbst, Koch, werde unter keinen Umständen in einer Organisation mitwirken, die irgendwie jüdisch feindlich sei. In der Diskussion habe ich dann nochmals auf die Bedenken hingewiesen, aber gleichzeitig erklärt, daß, wenn in der Bestimmung der Volkshationalen Vereinigung eine Wandlung eingetreten sei, dies vom allgemeinen und jüdischen Standpunkte aus begrüßt werden soll. Die jüdischen Demokraten schlossen sich der neuen Partei in der Hoffnung an, daß auch die aus anderen Lagern kommenden Personen sich von jedem Vorurteil gegen Juden frei fühlen und in der sicheren Erwartung völliger Gleichberechtigung.

Im weiteren Verlauf der Diskussion nahm eine ganze Reihe nichtjüdischer Redner, darunter die Reichstagsabgeordnete Frau Baumer und der Landtagsabgeordnete Grzimek, in gleichem Sinne Stellung. Die deutschen Juden werden es begrüßen, wenn in der Tat ein nicht unwichtiger Teil des deutschen Volkes sich vom Antisemitismus abwendet. Sie arbeiten an der neuen Partei vertrauensvoll mit, in der Erwartung, daß die gute Tradition der Demokratischen Partei hier fortgesetzt wird. Es ist im übrigen noch zu bemerken, daß der Jungdeutsche Orden schon seit geraumer Zeit im heftigen Kampf gegen Hitler und seine Scharen steht und daß die neue Partei die Führung des Kampfes gegen die nationalsozialistische Bewegung übernehmen will.

Ein Schreiben der Staatspartei an den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Die Deutsche Staatspartei richtete an den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens das folgende Schreiben:

„Die Deutsche Staatspartei hat von vornherein in ihrem Kampf und in den Darlegungen ihrer Führer erklärt, daß sie ohne politische und konfessionelle Engherzigkeit und ohne Klassengebundenheit ihre Tore weit geöffnet hält. Das bezieht sich nicht nur auf die Mitgliedschaft, sondern auch auf die führenden Stellen in der Partei und in der künftigen Fraktion. Einzig ist man sich nur darüber, daß den jungen Kräften aller Schichten eine weitgehende Mitwirkung an der Führung eingeräumt und daß die Deutsche Staatspartei ihren Willen entschlossen für die Verwirklichung der notwendigen großen Reformen einsetzen wird.“

gez. Koch-Weser. gez. Dr. Winkeln.

Die wirtschaftliche Judenfrage in Deutschland

Von E. Adler-Rudel (Berlin).

In der deutsch-jüdischen Öffentlichkeit wird ohne weiteres allgemein anerkannt, daß es im deutschen Judentum eine Wirtschaftskrise gibt. Strittig ist die Ansicht, ob diese Wirtschaftskrise Kennzeichen einer spezifischen wirtschaftlichen Judenfrage ist. Im nachstehenden geben wir die Einleitung eines größeren Referates wieder, das ein guter Kenner der sozialen Lage innerhalb des deutschen Judentums vor einigen Wochen in einer Berliner Tagung gehalten hat. Die Ausführungen sind auf Grundlage genauer Kenntnis der Wirtschaftsentwicklung der Juden in der ganzen Welt gemacht. Es kann unseres Erachtens kein Zweifel bestehen, daß auch in wirtschaftlicher Hinsicht für die Juden Deutschlands das Prinzip der Gleichberechtigung besteht, die die Juden in allen Ländern umfaßt und die sich in ihren Erscheinungen bloß zeitlich, aber nicht wesentlich differenziert.

Die Erkenntnis, daß die Wirtschaftssituation des deutschen Judentums sich ständig verschlechtert, ist heute bereits Gegenstand weiterer Kreise. Die öffentlichen Auseinandersetzungen über die Probleme der Wirtschaftssituation und Wirtschaftskrise leiden aber an dem Mangel jeglicher statistischen Unterlagen, denn die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 1907, die heute immer noch herangezogen werden müssen, geben für die Gegenwart der wirtschaftlichen Schichtung der Juden in Deutschland kein richtiges Bild. Es ist unter diesen Umständen außerordentlich zu bedauern, daß die repräsentativen Körperschaften des deutschen Judentums, Gemeinden, Landesverbände und Großorganisationen, trotz des Interesses, das sie den Fragen der Wirtschaftskrise entgegenbringen, sich noch immer nicht dazu angerafft haben, eine Stelle zu schaffen, deren Aufgabe es wäre, die wirtschaftlichen Vorgänge zu beobachten, das verstreute Material zu sammeln und nach Hilfs- und Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Die mangelhafte Fundierung der bisherigen Auseinandersetzungen ist auch um so bedauerlicher, als sich in weiten jüdischen Kreisen allmählich eine Katastropheneinstimmung bemerkbar macht, die ebenso wenig begründet ist, wie die Hoffungslosigkeit, die sich im wesentlichen darauf stützt, daß mit einer Veränderung der gesamten Wirtschaftssituation auch die Wirtschaftslage der Juden eine erhebliche Veränderung erfahren müßte, oder daß durch „eine synthetische Wirtschaftsauffassung und eine Durchdringung des Wirtschaftslebens mit religiösem Geiste“ eine Besserung der Verhältnisse eintreten könnte. Dort, wo diese Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse gepflegt werden, übersehen man Momente, die von entscheidender Bedeutung sind. Es kann zwar nicht bestritten werden, daß die Wirtschaftslage der Juden eng an die Wirtschaftssituation der nichtjüdischen Umwelt gebunden ist. Aber darüber hinaus gibt es spezifisch jüdische Wirtschaftsmomente, die nicht ohne weiteres übersehen werden dürfen. Der wirtschaftliche Abstieg, den die deutschen Juden heute erleiden, ist für den Kenner jüdischer Wirtschaftsgebiete, namentlich, wenn man das Beispiel der osteuropäischen Länder heranzieht, keineswegs überraschend. Am deutschen Judentum vollzieht sich heute derselbe Prozeß, der das osteuropäische Judentum bereits seit Jahrzehnten erfaßt hat, d. h. die Juden werden durch die wirtschaftliche Entwicklung der nichtjüdischen Umwelt allmählich aus jenen Wirtschaftszweigen gedrängt, in denen sie sich jahrzehntelang betätigten konnten, und deren Aufstieg sehr oft nur der rastlosen Energie jüdischer Menschen zu verdanken ist. Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Entwicklung der Gegenwart — und zwar hat sie bereits vor dem Kriege eingesetzt — ihrem Wesen nach eine derartige, daß sie dem jüdischen Menschen in der Wirtschaft immer größere Erschwernisse entgegenstellt. Wenn noch hinzugefügt wird, daß diese Entwicklung sich fast ohne Übergang vollzogen hat, denn der Krieg und seine Folgen haben den Umschaltungsprozeß in der Wirtschaft außerordentlich beschleunigt, so sind im wesentlichen jene Momente gegeben, die als eine Verdrängung der Juden in der Wirtschaft angesehen werden können. Eng im Zusammenhang mit diesen Tatsachen machen sich bei den Juden in besonders starkem Umfange die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges bemerkbar. Um diese ganz zu verstehen, ist es notwendig, sich noch einmal die wirtschaftlichen

Pally

Eine sehr reiche Auswahl
neuer Modelle
sehen Sie bei uns



Kosten des Krieges zu vergegenwärtigen und die Gruppen festzustellen, die im Kriege wirtschaftlich gewonnen oder verloren haben. Wenn wir hier in groben Umrissen drei große Wirtschaftsgruppen bezeichnen, Großindustrie und Großkapital, Mittel- und Kleinbürgertum, Arbeitnehmerschaft aller Kategorien, so können wir feststellen, daß die Großindustrie und das Großkapital sowohl im Kriege wie auch nach dem Kriege außerordentlich verdienst haben. Auf der anderen Seite der Wirtschaftsfrent steht die Masse der Arbeitnehmerschaft aller Berufe und aller Kategorien. Diese hat während des Krieges ungeheures Opfer gebracht, sie hat nach dem Kriege in Not und Elend gedarrt, ihr Lebenskampf ist auch heute noch außerordentlich schwer. Zwischen den zwei großen Fronten Kapital und Arbeit steht das Mittel- und Kleinbürgertum, das man als den eigentlichen Verlierer des Krieges bezeichnen kann. Die Mittel- und Kleinberufstätigen sind im Kriege stark zurückgegangen, nach dem Kriege fehlte es an Kapital, sie wieder aufzubauen; dort, wo noch Kapitalsreserven zurückblieben, sind sie durch die Inflation vollständig entwertet worden. Hunderttausende von Angehörigen des Bürgertums, die im Jahre 1914 sich noch der Illusion eines gesicherten Lebensabends und einer gesicherten Zukunft ihrer Kinder hingeben konnten, sind nach dem Kriege, aller Mittel entböhrt, erneut gezwungen worden, sich wirtschaftlich zu betätigen und sich zum größten Teil in das Heer der Arbeitnehmer einzureihen. Ihre Kinder, die früher einmal dazu bestimmt waren, die Erbschaft der Väter zu übernehmen oder sich für den Aufstieg in die Gruppe der freien Berufe vorbereiten konnten, konnten ihre Studien nicht mehr vollenden. Auch sie waren gezwungen, sich wirtschaftlich der Arbeitnehmerschaft einzunordnen.

Hier treten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Juden besonders kraft hervor. Denn die Juden in Deutschland sind zum größten Teil dank ihrer eigenartigen Berufsrichtung, die mehr als die Hälfte der Juden in die kaufmännischen Berufe zusammenzählt, ein ausgesprochen mittelständlerisches Element, eine Bevölkerungsschicht, die auf ihre bürgerliche Wohlhabenheit und Sicherheit mit besonderem Stolz blicken konnte. Da der Prozentsatz des Bürgertums bei den Juden besonders groß ist, sind die wirtschaftlichen Rückschläge, die das Bürgertum erlitten hat, für das deutsche Judentum besonders schwer, ja viel schwieriger, als für alle anderen Angehörigen des Bürgertums. Denn während die verarmten bürgerlichen Schichten für sich und ihre Kinder die Möglichkeit der wirtschaftlichen Umstellung in großem Umfang haben, sind diese Möglichkeiten für das jüdische Bürgertum sehr begrenzt. Die anderen haben den Prozeß der Umstellung der Wirtschaft, der die Zahl der Angestellten beim Staat, im Handel und Verkehr außerordentlich ansteigen ließ, mit der Zeit mitgemacht. Für die Juden ist der Übergang in die Gruppe der Angestelltenberufe fast unmöglich geworden, denn Hand in Hand mit der Entwicklung, die oben gekennzeichnet wurde, hat die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft in einem bisher nicht gekannten Umfang eingesetzt. Leider entbehren wir hier besonders der statistischen Unterlagen, aber die Erfahrung des Tages hilft uns bei den Feststellungen, daß die Zahl der Betriebe, die ganz jüdenrein sind, immer größer wird, daß ganze Wirtschaftszweige, die früher von Juden stark beeinflusst waren, heute vollständig jüdenrein sind, daß gerade jene Wirtschaftszweige, die im Zuge der Konzentration des Kapitals ungeheure Ausdehnung erfahren haben, wohl an ihren Spitzen noch jüdische führende Persönlichkeiten zeigen — aus der Masse der Arbeit-

nehmer aber sind die Juden vollständig ausgespült. Die Verengung des Arbeitsmarktes für die geistige Zahl der jüdischen Arbeitnehmer ist eine der traurigsten Erscheinungen der gegenwärtigen Wirtschaftssituation und eines der wichtigsten Probleme, die heute die jüdische Existenz bedrohen.

Die Lage der rumänischen Juden.

Wohin steht die jüdische Existenz in der ganzen Welt gespannt auf die Transkriptionen aus Rumänien. Dieses Land, seit jeher eine Bruchlinie des Judentums und Kampfboden der ihre eigene Herrschaft sichernden Feudalen gegen die Juden, hat seit dem ersten Weltkrieg eine Reihe von Vorfällen erlebt, die die jüdische Existenz in Rumänien in den letzten Monaten in Rumänien mit den Ereignissen gegen die Juden, wie sie in früheren Jahren vorgekommen sind, ein großer Unterschied. Damals waren es dünne herrschende Schichten, die immer wieder mit Erfolg versuchten, die Empörung der Bauern von sich auf die Juden abzuwälzen. Besonders dem rumänischen Volk und den Juden aber gab es keine prinzipiellen Gegensätze, die zu einer Explosion hätten führen müssen. Das Land war primitiv, die Wirtschaft wenig entwickelt, ein Mittelstand, aus christlichen Rumänen bestehend, war nicht vorhanden, eine Genossenschaftsbewegung existierte nicht einmal in der Theorie — die wirtschaftliche Rolle der Juden als hauptsächlich Vertreter des Handwerker- und Handelsstandes war unerlässlich für die Gesamtwirtschaft. Die politische Unterdrückung — die Juden galten auch vor dem Gesetz als Fremde — war zwar sehr unangenehm, wirtschaftlich jedoch konnten die Juden in Rumänien existieren.

Heute sind die Verhältnisse in Rumänien durchaus anders. Zunächst ist festzustellen, daß die Juden bis auf eine geringe Ausnahme, die nicht ihre Zugehörigkeit zu einer rumänischen Provinzgemeinde nachzuweisen vermag, naturalisiert sind und wenigstens theoretisch die gleichen politischen Rechte genießen wie die anderen Teile der Bevölkerung. In den gesetzgebenden Körperschaften, Kammer und Senat, sitzen jüdische Vertreter. Der allmächtige Großgrundbesitz ist, wie in keinem anderen Lande Osteuropas (abgesehen von Sowjetrußland) durch eine weitgehende Bodenreform seiner früheren Machtstellung entkleidet. Das rumänische Volk entwickelt in zunehmendem Maße einen Bürgerstand, und die Regierung, seit zwei Jahren eine demokratisch-bäuerliche, hat sich redliche Mühe gegeben, demokratische Grundsätze im Lande zu verwirklichen. Man müßte nun meinen, daß parallel mit diesem unfehlbaren Fortschritt des rumänischen Staates und mit seiner Modernisierung und Entbalkanisierung die Voraussetzungen für eine Sicherung der jüdischen Position gegeben sein müßten. In Wirklichkeit ist wohl der politische Status der Juden besser geworden, die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz der Juden aber haben sich außerordentlich verschlechtert. Es stellte sich nämlich heraus, was übrigens für die Judenheiten in der ganzen Welt zutrifft, daß die Judenfrage nicht nur eine politische und kulturelle, sondern daß sie vor allem eine spezifisch wirtschaftliche ist, und zwar nicht nur wirtschaftlich im Sinne der Staats- oder Weltwirtschaft, sondern jüdisch-wirtschaftlich. Da die Juden in Rumänien genau so wie in allen Ländern der Welt hauptsächlich dem Mittelstande angehören und die Tendenz in der ganzen Welt zu einer Einengung der wirtschaftlichen Basis des Mittelstandes führt, so sind sie in Rumänien von der Entwicklung im Lande stärker betroffen als andere Schichten der Bevölkerung. Ueberdies sind sie Gegenstand scharfster Konkurrenz seitens des nichtjüdischen Mittelstandes, der sich rapid entwickelt. Sie haben also doppelt zu leiden: als Mittelständler und als jüdische Mittelständler.

Außerdem kommt in Rumänien noch ein Faktor hinzu. Rumänien ist ein Agrarland, und die Regierung muß selbstverständlich in erster Linie auf die Bauernschaft Rücksicht nehmen. Nebenbei wie in Polen ist in Rumänien der allgemeine Regierungskurs in der Steuergesetzgebung und in der wirtschaftlichen Förderung gegen die Stadt gerichtet. In Rumänien bedeutet jedoch Stadt, wie in Polen und in Litauen, nichts anderes, als Juden. Also ist die Regierungspolitik, mag sie auch hundertmal erklären, daß sie nicht antisjüdisch ist und nicht antisjüdisch sein will, in ihren Auswirkungen scharf gegen die Juden gerichtet. Das zeigte sich in Rumänien in den letzten zwei Jahren besonders kraft. Die Regierung förderte sehr stark das bäuerliche Genossenschaftswesen durch Schaffung von bäuerlichen Zentralbanken, die die Aufgabe haben, die landwirtschaftlichen Verarbeitungs- und Einkaufsgenossenschaften finanziell zu unterstützen. Dadurch wurden automatisch die vielen Tausende von jüdischen Händlern und Krämerinnen, die einerseits als Verkäufer landwirtschaftlicher Produkte, andererseits als Verkäufer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel ihre Existenz fanden, brotlos. Hinzu kam der furchtbare Preissturz auf dem Weltmarkt für alle Arten von Getreide. Hinsichtlich der Waren fand eine ähnliche Preisreduktion statt. Der rumänische Bauer erzielte infolge der gesunkenen Getreidepreise für seine Ernte nur den dritten Teil dessen, was er sonst für sie bekam. Außerdem bedrohte die Bevorratung seiner Ernte durch die Genossenschaften für ihn einen Anreiz, mit dem Verkauf seiner Produkte zu warten. Dadurch wurden diese noch mehr entwertet und ihr Ertrag reicht kaum hin, um den Voransch der Genossenschaften samt den aufgelaufenen Zinsen zu bezahlen. Der Bauer ist in einer argen Notlage. Wenn er nun in die Stadt kommt

und eine notwendige Ware kaufen will, muß er für sie einen Betrag bezahlen, der der dreifachen Getreidemenge entspricht, die er vor zwei Jahren verkaufen mußte, um sich in den Besitz dieser Ware zu setzen. Warenbesitzer sind die Juden. Und die ganze Empörung, die der Bauer gegen Erblosigkeit und wirtschaftliche Lage empfindet, wendet sich gegen den verhassten jüdischen Krainer, dem der Bauer, der die Zusammenhänge nicht zu unterscheiden vermag, den Vorwurf macht, daß er die Bevölkerung ausbeutet.

Der nichtjüdische Mittelhändler ist natürlich in gleicher Weise von der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse betroffen, wie alle anderen Teile der Bevölkerung. Auch er übersteht die Zusammenhänge nicht und gibt dem jüdischen Konkurrenten die Schuld an der Misere. Aus den Kreisen des nichtjüdischen Mittelstandes kommen nun die antisemitischen Agitatoren, die sich auf die Dörfer ergießen, die Bauern aufheben und dann in die Stadt ziehen, um an den Juden Rache zu nehmen. Die Regierung hatte zunächst diese antisemitischen Schapapöbel gewähren lassen. Im tiefsten Grunde fühlt sie aber, daß der Haß der Bauern nicht bei den Juden Halt machen werde, und sie ahnt, daß sich die Bewegung dann gegen sie selbst lehnen könnte. Aus diesem Grunde hat sie, weil sie überdies noch ausländische Anleihen nötig hat, in den letzten Tagen energische Schritte unternommen, um den antisemitischen Ausschreitungen im Lande einen Damm entgegenzusetzen. Es ist kein Zweifel, daß ihr das gelingen kann, wenn sie tatsächlich ihre Machtmittel in Anwendung zu bringen gewillt ist. Es ist eine alte Erfahrung, daß Pogrome nur mit Duldung und niemals gegen den ernstlichen Willen der Behörden vorkommen können.

Aber gesetzt den Fall, daß es tatsächlich der rumänischen Regierung gelingen wird, durch Machtmittel die Bauernschaft im Zaume zu halten. Prinzipiell ist damit die Lage der Juden in Rumänien keineswegs saniert. Sicherlich ist es tröstlich zu wissen, daß in Rumänien jüdisches Leben und jüdische Habe nicht mehr vogelfrei sind. Aber die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens kann durch Polizei- und Militärangriff nicht geändert werden. Die wirtschaftliche Lage der Juden in jenem Lande ist ebenso trost- und aussichtslos wie in Polen und in anderen Ländern des Ostens. Und nicht nur des Ostens, sondern auch Deutschlands und Österreichs. Man mag die Dinge drehen und wenden wie man will, man kommt immer wieder zur Bestätigung dessen, daß die Situation der Juden nicht mit kleinen Mitteln geändert werden kann, sondern nur durch eine großzügige Umbildung der gesamten jüdischen Volksstruktur.

Das deutsche Judentum im Spiegel der Statistik.

Am Mahnen seines von der Berliner Zionistischen Vereinigung veranstalteten Vortragszyklus sprach Dr. Siegfried Kanowitz über „Das deutsche Judentum im Spiegel der Statistik“. Er stützte sich dabei auf die Untersuchungsergebnisse von Theilhaber, Koralnik, Birnbaum und Malek. Einleitend stellte er den Satz auf, daß die Zahlen das Schwinden der jüdischen Substanz bezeugen, und daß man als einzige wirksame Abwehr den Zonen des Verfalls solche des Aufbaues entgegenzusetzen müsse. So erhalte Palästina auch von dieser Seite her Bedeutung. In den 80er Jahren hat eine Aufwärtsentwicklung des deutschen Judentums eingesetzt. Aus den Provinzen ging ein Strom nach dem Westen, gleichzeitig kam die Einwanderung aus dem Osten, von der Kleinstadt ging der Zug in die Großstadt. Zugleich werden die wirtschaftlichen Positionen befestigt, die man bis zum Kriege besaß. Bestimmte Berufsgruppen gerieten unter jüdischen Einfluß. Heute erfolgt der Abban dieses Einflusses, teils durch Verdrängung, teils deshalb, weil diese Berufsgruppen heute an Bedeutung verloren haben. Hier liegt ein spezifisches jüdisches Wirtschaftsproblem vor. Trotzdem sind die Merkmale des Unterganges frühzeitig vorhanden gewesen. Ohne die Zuwanderung aus den Ostländern wäre ein rapider Verfall eingetreten. Von 1910 bis 1925 sank die Zahl der deutschen Juden von 615.000 auf 561.000! In etwa 50 Jahren wird allein Berlin zirka 75.000 Juden verloren haben, wenn kein Zuzug erfolgt. Von 1871 bis 1925 sank der prozentuale Anteil der Juden an der deutschen Bevölkerung von 1,2 Prozent auf 0,9 Prozent. In den Großstädten mit über 100.000 Einwohnern sind 3 in 10 mit unter 10.000 Einwohnern nur 17 Prozent der Juden wohnhaft. 80 Prozent der jugendfähigen Jahrgänge sind in Berlin konzentriert, stehen aber unter dem Einfluß der Weltstädte. Die Großstadt erzeugt nun Entfremdung, Ehellosigkeit, Geburtenbeschränkung, Tausch und Mißheben. Während die berufliche Gliederung in den östlichen Kleinstädten noch halbwegs bodenständig war, änderte sich dies durch das Abströmen aus Posen (Westpreußen). Insgesamt sind 250.000 Juden von dort fortgegangen, davon 100.000 nach Berlin. Aber auch manche größeren Gemeinden hatten schwere Verluste. Die Juden werden aus ihren Positionen in Finanz, Industrie und Großhandel verdrängt, da die Zeit der individuellen Kapitalisten vom anonymen Kapitalismus abgelöst wird. Besonders typisch hierfür ist der Verfall des Metall-Großhandels für das deutsche Judentum. Der Jude unterliegt im Kampf mit Gemeinwirtschaft und Volkskapital. Dabei nahm der Anteil der Juden an Handel und Verkehr bis 1925

nach zu. Die Verdrängung einer gefährdeten Gruppe zu entziehen, steigert sich dadurch natürlich. Aber auch der Verfall einer Produktionsform führt zur Assimilation, da das deutsche Judentum auf den Zirkel des Kleinbürgertums zugeschnitten ist. Der Jude wird also zwischen Kapital und Arbeit getrieben, er wird einerseits vom Kapital heute nicht mehr aufgenommen, andererseits bezahlt er die Aufnahme in die Arbeiterklasse sehr teuer. Die Anreizleistung an Handel und Verkehr bedeutet nicht ein Ziel der Selbständigen, sondern nur der jüdischen Angestelltenklasse. Der vermittelnde und verwaltende Charakter des deutschen Judentums hat sich so noch stärker ausgeprägt. Die jüdischen Geschlechter sind spärlich. Ein Viertel der Juden heiraten nicht, ein Viertel bleibt kinderlos verheiratet, ein Viertel hat ein Kind, nur ein Viertel mehr als ein Kind. Die Zypäthe ist typisch bei Juden. Etwa 16 Prozent der Jüdinnen bleiben unverheiratet. Die Kurve der Geburten ist dauernd gesunken. 1875 bis 1880 betrug die Ziffer 31 pro 1000, 1906 nur 16 pro 1000 (selbst Frankreich hatte 19 bis 21 pro 1000). 1925 hatte das preussische Judentum nur 11 pro 1000 Geburten (1910 noch 14 pro 1000). Notwendig wären zur Arterhaltung mindestens 14,3 pro 1000. Berlin hat trotz seiner jungen Jahrgänge pro Jahr ein Bevölkerungsdefizit von 1500 jüdischen Seelen. Hier dürfte die Geburtenziffer nur 5 bis 6 pro Tausend betragen. (Palästina hat dagegen 35 pro Tausend bei den Juden.) Auch die jüdische Sterblichkeit beginnt zu steigen, weil die Ueberalterung ungünstig wirkt. Einige Zeit hindurch lag sie sehr günstig. 1920 bis 1927 wurden in Preußen 40.000 Juden geboren und 45.676 starben. Auf jede jüdische Ehe kommen 1½ Kinder. Koralnik schlägt als Abhilfsmäßnahme eine Senkung der Sterblichkeit durch Sanierung des Ostjudenquartiers bei uns vor. Die Taufe spielt heute keine große Rolle, mehr der Austritt (zu den Christen). Nur ein Viertel der Kinder aus den Mißheben bleibt Juden. Ein Viertel aller jüdischen Geschlechterungen waren Mißheben. (20.000 in den letzten 16 Jahren). 1929 kamen auf 2780 rein jüdische Ehen 1500 Mißheben. Die verschiedenen bevölkerungspolitischen Vorschläge, die man all dem gegenüber macht, haben nur begrenzte Bedeutung. Die Wichtigkeit von Wanderung und Ansiedlung erlangt daher auch unter diesem Gesichtspunkt erhöhtes Gewicht.

Jüdische Nachrichten.

Ein wichtiger Schritt der Berliner jüdischen Gemeinde

Angeichts der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage der deutschen Juden hat der Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde in seiner letzten Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Versuch zu unternehmen, eine einheitliche Front der Abwehrbewegung des deutschen Judentums zu schaffen.

Zu diesem Zweck hat der Gemeindevorstand eine Konferenz einberufen, zu welcher die Zentralvorstände des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland gebeten wurden, Vertreter zu entsenden. Auf der Konferenz soll der Versuch gemacht werden, alle Kräfte des deutschen Judentums für den Kampf gegen die antisemitische Hochflut zusammenzufassen.



Gebackene Seefische

essen Sie immer frisch und billig

in der
Deutschen Fischbratküchen- G. m. b. H., Bremerhaven

Filiale: **Duisburg, Knüppelgasse 1**

- „ Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 90
- „ Köln, Hohestraße 12
- „ Essen, Friedrich-Ebertstraße 43
- „ Bochum, Hellweg 19
- „ Gelsenkirchen, Bahnhofstraße 70

Ein Aufruf des Central-Vereins anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen.

Berlin. (Z.N.) Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veröffentlicht in der „E. V. Zeitung“ vom 25. Juli den folgenden Aufruf anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen:

An die deutschen Juden!

Der Reichstag ist aufgelöst. Mit einem heftigen Wahlkampf ist zu rechnen. Der Nationalsozialismus hofft auf große Erfolge. Seinem Aushauß mit allen Mitteln entgegenzutreten, ist einer aller Pflichten. Wir rufen unseren Freunden, wir rufen allen Juden zu: Kampf der Pogromhetze! Kampf dem Völkertum! Kampf aller bewilligten Verleumdung von Juden und Judentum! Kein neues Schicksal im Reich! Für Frieden im Lande! Denkt an die Zukunft unseres Vaterlandes!

Deutsche Juden, helft uns!

Tretet in unsere Reihen, stellt Euch zu den Streikern für jüdische Ehre und staatsbürgerliche Freiheit! Eure Gleichberechtigung ist bedroht! Wehret alles an ideellen und materiellen Kräften auf, um den Aufschlag auf Eure höchsten Güter abzuwehren!

Stärkt nachhaltig unsern Kampffonds 1930!

Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
Insizrat Dr. Broditz.

Ausdehnung der Mittelpartei. Der Vorstand der religiösen Mittelpartei für Einheit und Frieden in der Gemeinde Berlin hat in seiner Sitzung vom 7. Juli 1930 den folgenden Beschluß gefaßt: Am Spätherbst d. J. sollen in Preußen die Wahlen zum Landesverband der jüdischen Gemeinden, in Berlin und in anderen Städten die Wahlen zu den Gemeindevertretungen stattfinden. Gemäß unserer Zielsetzung, die überparteilich darauf hinausläuft, Kämpfe und Spaltungen in jüdischen Gemeindeleben beseitigen zu helfen, fordern wir in einer wirtschaftlich außerordentlich schweren, politisch heftig bewegten Zeit alle an verantwortlicher Stelle stehenden jüdischen Männer und Frauen auf, mit heiligem Eifer dafür einzusetzen, daß die jüdischen Wahlen durch irgend einen für alle Teile erträglichen Ausgleich vermieden werden. Die für einen Wahlkampf erforderlichen erheblichen Geldmittel sind zur Linderung der Not und des Elends unter den deutschen Juden, sowie zur Bekämpfung des immer mehr sich ausbreitenden Antisemitismus weit zweckmäßiger und gerechtfertigter zu verwenden. Der Vorstand der Mittelpartei wird persönlich alles bis zum letzten einsetzen, um die Parteien zu bestimmen, von einem Wahlkampf abzusehen. Er bittet seine Parteifreunde, wo immer sie Einfluß haben, ihn in seinen Bestrebungen in geeigneter Weise zu unterstützen und mit für die Ausschaltung eines unter den gegenwärtigen Verhältnissen unverantwortlichen Wahlkampfes besorgt zu sein.

Berlin. Kammergerichtsrat Leo Wolff beging am 29. Juli seinen 60. Geburtstag. Er gehört seit 1918 dem Gemeindevorstand an und wurde 1920 ihr zweiter stellvertretender Vorsitzender und später erster Vorsitzender der Berliner Jüdischen Gemeinde. Seit 1926 ist er erster stellvertretender Vorsitzender der Gemeinde und Präsident des Preussischen Landesverbandes.

Der Abschluß der liberalen Weltkonferenz.

London. (Z.N.) Neben dem Memm der liberalen Weltkonferenz in London, bei deren Schlußsitzung, stürmisch begrüßt, Rabbiner Dr. Baed (Berlin) doch noch sprechen konnte, nachdem er vorher verhindert war, der Konferenz, wie beabsichtigt, beizuwohnen und aktiv an ihr teilzunehmen, fanden noch Sonderverhandlungen in Sektionen statt. In der Frauensektion sprach aus Deutschlad Frau Ottilie Schönewald, in der Jugendsektion referierte Hilke Lachmann-Mosse.

Den gesellschaftlichen Abschluß der Tagung bildete am Nachmittag ein gemeinsamer Ausflug nach Schloß Windsor und ein Tee bei Mr. und Mrs. Samuel Wallrod in Stannore, ferner ein Empfang bei Mr. und Mrs. Ernest Joseph in Frognaal, in dessen Haus sich die große Gesellschaft von London-Westend mit den Delegierten der Konferenz vereinigte. Im Laufe des Abends bot Herr Oberkantor Alt aus Aachen unter Begleitung von Herrn Dr. Schildberger-Berlin einige Gesänge und erntete lebhaften Beifall.

Kurzsturz rumänischer Wertpapiere und die Antisemitenerzesse.

Czernowitz. (Z. T. N.) Dem „Czernowitzer Morgenblatt“ wird aus Bukarest gemeldet: Eine Bukarester Großbank fragte in Londoner Finanzkreisen an, aus welchem Grunde in den letzten Tagen die Kurse der rumänischen Wertpapiere in England zurückgegangen seien. Auf diese Anfrage wurde geantwortet: „Es sei schwer, die genauen Ursachen der Kursrückgänge anzugeben. Aller Wahrscheinlichkeit nach aber sind die Kursrückgänge auf die letzten antisemitischen Ausschreitungen in Rumänien zurückzuführen, welche auf die englische öffentliche Meinung einen sehr schlechten Eindruck gemacht haben.“

Rus der Gemeinde.

Die Zeiten des Gottesdienstes.

	Abend	Morgen	Mittag
1.2. August	7 1/2 Uhr	9 Uhr	9 1/2 Uhr
3. August	7 1/2 Uhr	9 Uhr	7 20 Uhr
8.9. August	7 1/2 Uhr	9 Uhr	8 1/2 Uhr
15. 16. August	7 1/2 Uhr	9 Uhr	8 30 Uhr
22.23. August	7 1/2 Uhr	9 Uhr	8 20 Uhr
29.30. August	7 1/2 Uhr	9 Uhr	8 15 Uhr

Die jüdischen Organisationen in Duisburg.

1. Jüdische Gemeinde. Vorsitzender: Max Levy. Adresse: Angerstraße 9.
2. Nachsile Dadas. Vorsitzender: Joh. Sauer, Planheuerstraße 30. Briefadresse: E. Hegenlaub, Silberweg 10.
3. Jüdische Schule. Am Badenbaum 32. Leiter: Jupp Maier, Landwehrstraße 21, Telefon 1 28 77 Nord.
4. Jüdischer Kinderhort. Beginnengasse. Leiterin Fräulein Toni Goldschmidt, Marienstraße 33.
5. Talmud Thora. Leitung: Samuel Herscher, Wildstraße 36.
6. Komitee für Hebräische Kurse. Adresse: Edmund Levy, Marienstraße 33.
7. Israelitischer Hilfsverein. Vorsitzender: Max Löwe, Ruhlenwall 30.
8. Bittur Cholim. Vorsitzender: R. Hosenberg, Banheimer Str. 74.
9. Israelitischer Frauenverein. Vorsitzende: Frau A. Lilienfeld, Hindenburgstraße 33.
10. Duisburg-Voge zur Treue N. O. B. V. Präsident: Rechtsanwalt Dr. Kavenstein.
11. Central-Verein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens. Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Richard Rosenthal, Königstraße 12.
12. Zionistische Vereinigung. Vorsitzender: Rechtsanwalt Max Simon, Königstraße 10.
13. Jüdisch-sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion. Vorsitzender: H. A. Dr. Meisli, Hindenburgstraße 1.
14. Jüdisch-liberaler Gemeindeverein. Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Sally Kaufmann, Königstraße 24.
15. Verband ostjüdischer Organisationen, Ortsgruppe Duisburg. Vorsitzender: Herr Gerler, Veisstraße 10.
16. Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Vorsitzender: Dipl.-Ing. Alfred Plant, Lippstraße 1.
17. Jüdischer Frauenbund. Vorsitzende: Frau Rechtsanwalt Ruben, Redarstr. 52. Schriftführerin: Frau Bertha Herzstein, Sternbuschweg 23 c.
18. Verband Jüdischer Frauen für Palästinaarbeit. Vorsitzende: Frau Anna Levy, Marienstraße 33.
19. Jüdischer Jugendbund. Vorsitzende: Martha Sommer, Hans Waldstein. Anschriften an Leni Rosenberg, Kaiser-Wilhelmstraße 94.
20. Jüdischer Turn- und Sportverein „Jus“, Duisburg. Vorsitzender: Dr. H. Hallenstein. Anschrift: Erich Artmann, Duisburg, Bunterstraße 22.
21. Gehaluz. Vorsitzender: J. Zahay, Königstraße 16.
22. Jung-Jüdischer Wanderbund. Adresse: Heini Kensch, Breitenstraße 38.
23. Zeire-Mizrachi. Anschrift: Regina Gerhard, Universitätsstr. 27.
24. Jüdischer Jugendring (J. J. M.). Ortsgruppenleiter: Karl Zeinberg. Anschrift: Gerda von Leemwen, Tonhallenstraße 66. Tel. 16 61.
25. Ezra. Anschrift: Massi Isler, Universitätsstraße 20.
26. Bar Kochba, 1. Vorsitzender: Edmund Levy. Anschrift: Clara Rosenbaum, Anrortersstr. 37.
27. Agudas Jisroel. Vorsitzender: S. Osterseker, Wildstraße 36.

Jahrzeit, am Vorabend des angegebenen Tages beginnend.
18. August Schwester Erna Levy.

Jahrzeit (am Vorabend des angegebenen Tages beginnend):

Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch Spenden an unsere Gemeindevereine sozial zu betätigen.

Familien-Nachrichten.

Ein Sohn geboren:

- Herr Berg und Frau, geb. Bergmann, 30. Juni.
- Herr Haber und Frau, geb. Apfelbaum, 2. Juli.
- Herr Mandel und Frau, geb. Löwy, 3. Juli.

Die Herbstfeiertage.

Rausch haschonoß beginnt am Abend von Montag, 22. September. Dienstag, 23. September, ist der erste, Mittwoch, 24. September der zweite Tag des Neujahrsfestes. Sol Ribre Mittwoch,

1. Oktober. Vom Kippur am Donnerstag, 2. Oktober. Das Laubhüttenfest beginnt am Abend von Montag, 6. Oktober. Dienstag, 7. und Mittwoch, 8. Oktober sind die ersten beiden Tage des Laubhüttenfestes. Hauskhan rabbo am Montag, 13. Oktober. Schmini azeret fällt auf Dienstag, 14. Oktober. Mit Simchas taura schließen am Mittwoch, 15. Oktober, die Herbstfeiertage.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß sämtliche Herbstfeiertage auf Werktage fallen, keiner auf Sabbat oder Sonntag. Der für das Geschäftsleben so wichtige 1. Oktober ist wenigstens zum größten Teil freigeblichen, da der Mol-Midre-Gottesdienst in den meisten Gemeinden erst gegen 6 Uhr abends beginnt.

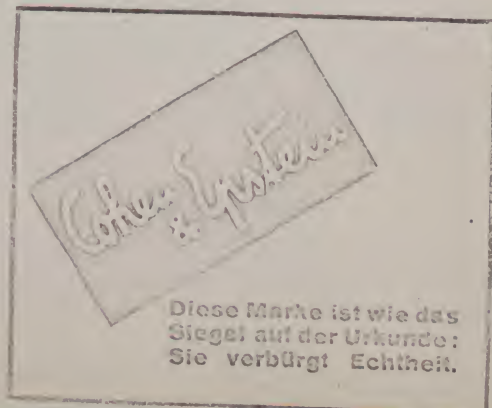
Die Jüdische Gemeinde bittet, ihr antisemitische Ausschreitungen stets sogleich mitzuteilen, und zwar unter genauer Schilderung des Sachverhalts, Angabe von Ort und Zeit und Benennung von Personen mit genauer Adresse. In letzter Zeit sind in einer ganzen Reihe von Fällen Gemeindeglieder durch Antisemiten beleidigt und mißhandelt worden. Die Tür des Gemeindehanes wurde mit Mol besudelt und das Schloß mit Draht versperrt, so daß es nicht geöffnet werden konnte.

Gemeindevertretung. Sitzung vom 1. Juli 1930. Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Epstein die Herren Brückner, Cohnen, Löwin, Meber, Strank, Weisfeld, vom Vorstand die Herren Levy, Rechtsanwalt Simon, Rechtsanwalt Dr. Kaufmann, auf Einladung Herr Rabbiner Dr. Neumark. Herr Plant fehlte entschuldigt. Der Vorsitzende gedachte des verstorbenen Vorstandsmitglieds Eduard Geber als eines Mannes der Gerechtigkeit. Mit einem langwierigen Kampf ums Recht sei sein Eintritt in die Gemeindevertretung verbunden gewesen. Nicht lange vor seinem Tode habe Geber noch die Freude gehabt, ein neues gerechtes Gemeindeglied mitzuschaffen. Geber hat für seine gerechten Ziele sich mit Kraft eingesetzt, wie liebenswürdig er auch gewesen sei. Sein Gerechtigkeitszorn sei manchmal zu weit gegangen. Das Andenken dieses Gerechten werde der Gemeinde zum Segen sein. Namens des Vorstandes hat Rechtsanwalt Dr. Kaufmann, in den Wintermonaten versuchsweise einen doppelten Freitagabend-Gottesdienst einzurichten. Dieser solle in möglichst gedankvoller Form vor sich gehen. Wie der Anspruch sein werde, könne man jetzt noch nicht wissen. Rabbiner Dr. Neumark: Der ordentliche Gottesdienst beginnt im Winter schon um 1.30 Uhr, in Berliner Zunaugen und gottesdienstlichen Vereinigungen gebe es einen doppelten Freitagabend-Gottesdienst. Man wolle hier den Jugendverein zur Mitwirkung heranziehen. Man plane nicht einen Gottesdienst, sondern eine synagogale Sabbatfeier unter Auswahl der Gebete. Da diese Feier jeden Freitag oder nur in Abständen stattfinden solle, sei zu überlegen. Eine Gewißheit über den Erfolg habe man nicht, man dürfe aber, da der Wunsch geäußert sei, auf einen Versuch eingehen. Herr Meber: Im Sommer beginne der Gottesdienst erst um 7.15 Uhr, niemand aber komme außer den alten Stammgästen. Die berufstätige Jugend, die kommen könne, komme nicht. Dabei sei zu berücksichtigen, daß im Sommer der Besuch stärker sei als im Winter. Rechtsanwalt Dr. Kaufmann: Der zweite Gottesdienst solle für diejenigen eingerichtet werden, die deshalb dem gewöhnlichen Gottesdienst fernblieben, weil sie in ihm nicht die nötige Sabbatruhe fanden. Wesentliche Mehrkosten würden nicht entstehen. Er schlägt die Einsetzung einer Kommission vor. Herr Levy bestritt, daß diese letzten Ausführungen im Namen des Vorstandes gemacht würden. Herr Rechtsanwalt Dr. Kaufmann bestätigte das. Herr Rabbiner Dr. Neumark hielt es für richtig, die Ausgestaltung des zweiten Gottesdienstes im Einkommen mit den Interessenten der Zukunft zu überlassen. Er bestätigte, daß im Winter der Besuch jedenfalls nicht stärker sei als im Sommer. Herr Cohnen bezweifelte, daß die geplante Umgestaltung einen stärkeren Besuch zur Folge haben würde. Herr Meber meinte, sein Liberaler könne an dem bisherigen Freitagabend-Gottesdienst Anstand nehmen. Allgemein sei die Ansicht, daß unser Freitagabend-Gottesdienst besonders würdig und schön sei. Es spräche nichts für die Hebung des Gottesdienstes durch Weglassung von Gebeten. Herr Rabbiner Dr. Neumark hielt eine weitere Verschönerung des Freitagabend-Gottesdienstes für möglich, besonders auch durch eine Ansprache. Rechtsanwalt Dr. Kaufmann: Man müsse den Plan mehrere Wochen vorbereiten. Der Sonntagsgottesdienst dauere 35 Minuten. Wenn ihm noch eine Ansprache zugefügt werde, so werde er eine Stunde dauern. Da nach der Stimmung, die in der Gemeindevertretung herrsche, von den Gebeten nichts gestrichen werden würde, wäre eine solche Sabbatfeier zu lang. Also müsse eine Kürzung der Gebete eintreten. Dr. Epstein: Er sei grundsätzlich der Ansicht, daß man jeden nach seiner Fassung selig werden lasse. Natürlich könne man in einer kleineren Gemeinde nicht vielerlei Gottesdienste mit allen möglichen Variationen einrichten. Im Sommer seien die Angestellten und Inhaber von Betrieben nicht gehindert, den Gottesdienst um 7.15 Uhr zu besuchen. Man könne den Plan auch jetzt schon einmal ausprobieren, indem man dem Gottesdienst die gewünschte Ansprache einlege. Warum sollen wir Winterinden schaffen? Es müsse verhindert werden, daß sich die beiden Gottesdienste Konkurrenz machten und schließlich keiner mehr besucht werde. Eine Vermehrung der Kosten sei unvermeidbar. Die Gemeindevertretung beschloß Vertagung der Sache bis zur nächsten Sitzung, damit inwischen der Plan nachgeprüft werden könne. Dr. Epstein hat, darauf hinzuwirken, daß die Angestellten auf Wunsch, jedenfalls aber an den hohen Feiertagen, zum Gottesdienst beurlaubt würden, worauf sie auch einen Anspruch hätten. Derartige Wünsche würden von jüdischen Geschäftshäusern oft abgelehnt. Dr. Jules Terner auf die Frage

des Padenstufes an Kofch Haschanah nach vom Kippur hin. Dr. Neumark erklärte, die nötigen Schritte erst nach einer Tagung der rheinischen Rabbiner vornehmen zu wollen. — Herr Levy berichtete über die Frage der Friedhofshalle. Die Halle des von der Stadt angebotenen Krematoriums könne nicht in Frage, da die Mehrheit der Juden Gegner der Leichenverbrennung seien.

Rabbiner Dr. Neumark: Es gäbe bisher drei Vorschläge: 1. Die Benennung der Halle des Krematoriums, die jedoch architektonisch von einem großen Altar beherrscht werde. Die Stadt sei bereit, bei jüdischen Begräbnissen dieses durch einen Vorhang zu verdecken. Ingegnen jranbe sich das Gefühl schon mit Rücksicht auf die Empfindungen der Christen, von denen der Banmeister bei Anlage der Halle beherrscht gewesen sei. Eine Verdrückung des christlichen Symbols widerspreche dem Zeitgefühl auch des Juben. Zudem sei der Gemeinde der Vorname der Leichenhalle angekreidet worden. Dieser sei aber nicht schön und nicht feierlich. Es sei ein einfacher Wartenraum. Die Benennung der Halle des Krematoriums könne leicht als eine Sympathiebekundung der jüdischen Gemeinde für die Leichenverbrennung gedeutet werden, eine derartige Mißdeutung sei zu vermeiden. Rabbiner Dr. Neumark schlug eine Lokalbenennung vor. Der Antrag wurde angenommen. Ueber die Verdickungszeiten ist zwischen den Kirchengemeinden und der Stadt eine Vereinbarung zustande gekommen, die verschiedenen Glaubensgemeinschaften sollen zu wechselnden Zeiten ihre Toten beerdigen. — Herr Löwin berichtete über die Klassenrevision, die er zusammen mit Herrn Weisfeld vorgenommen habe. Er beanstandete vor allem den starken Lichtverbrauch und wandte sich gegen eine Jugendorganisation, die besonders rücksichtslos bei Benennung des Gemeindegymnasiums sich benommen habe. — Der Jüdische Jugendring hatte beantragt, die ihm im Etat zugewilligte Subvention zu erhöhen und statt dessen die einer anderen Jugendorganisation bewilligte Zuzahlung herabzusetzen. Der Antrag wurde schon aus dem Grunde abgelehnt, weil die Etatsübersicht während des laufenden Etatsjahres Geltung haben müssen. — Die Gemeinde hatte, wie wir berichtet haben, bei der Stadt angefragt, ob auch von anderen Gemeinschaften als der Jüdischen Gemeinde Zuschüsse zu städtischen Schulen verlangt würden. Die Stadt antwortete, die Jüdische Schule zähle 191 Kinder, also 38,2 auf die Klasse. Nach den Bestimmungen der städtischen Ausschüsse müsse die Klasse 15 Kinder umfassen. Die Einrichtung der fünften Klasse durch die Stadt sei also ein großes Entgegenkommen: sie sei abhängig gemacht von einem durch die Jüdische Gemeinde zu leistenden Zuschuß. Von anderen Gemeinschaften Zuschüsse zu verlangen, habe die Stadt keine Veranlassung, da die Einrichtung anderer Schulen sich innerhalb der Bestimmungen biete. Die Stadt verlange einen Zuschuß von 1500 Mark solange, bis die Zahl von 15 Kindern pro Klasse erreicht sei. Rabbiner Dr. Neumark, der Mitglied der Schuldeputation ist, berichtete, es sei bei Einrichtung der fünften Klasse beschlossen worden, man wolle sich an die Jüdische Gemeinde wenden wegen Übernahme eines Teiles der Kosten. Herr Levy wies auf das völlig unbillige Verlangen der Stadt hin, die jetzt 1500 Mark, in dem vorletzten Brief aber 1000 Mark verlangt habe. Rechtsanwalt Simon erinnerte daran, daß die Gemeinde nie eine Rechtspflicht zur Zahlung eines Zuschusses anerkannt, sondern stets abgelehnt habe, irgendeine Bindung für die Zukunft einzugehen. Eine Antwort auf die Frage des Vorstandes habe die Stadt nicht erteilt. Die Stadt bevorzuge andere Schulsysteme. Es stehe fest, daß sie anderen Zuschüsse erteile, z. B. Fabelarten gebe. Es stehe fest, daß auch andere Schulsysteme nicht immer die festgesetzten runden Zahlen von Schülern erreichen. Bei der Gefahr, die die dauernde Betonung einer niemals übernommenen Rechtspflicht darstelle, müsse man den Schriftwechsel abbrechen und mündlich mit aller Deutlichkeit der Stadt unser Recht klarmachen. Demgemäß wurde beschlossen. — Es folgte eine geheime Sitzung.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Juli wandte sich ein Nationalsozialist gegen die Kellame der jüdischen Warenhäuser, die das Stadtbild verunstaltete. Uns scheint die jüdische Kellame das Stadtbild nicht mehr zu beeinträchtigen als die christliche. Die Nationalsozialisten verlangten auch ein Schächtverbot, natürlich nur an Menschen (z. B. in Duisburg auf Professor Lessing) und Tiere und verschmähen keineswegs die feinsinnigen Treibjagden, in denen sie das arme Wild zu Tode hegen. All das müssen wir



hier in einem jüdischen Blatt Juden sagen. In der Sitzung sagte es niemand. Die Parteien haben ja keinen einzigen Juden ins Rathaus kommen lassen. Sie wollten sich dieser „Belästigung“ so wenig ansiehen, wie die Berliner Sozialdemokraten, die ihren glanzvoll geeigneten jüdischen Parteigenossen Peru Meyer nicht Stadtbauinspektor werden lassen wollten und dadurch in den Tod riefen. — Nachdem dies geschrieben war, fand am 15. Juli wiederum eine Stadtverordnetenversammlung statt, in welcher Rektor Hohnmann (Zoskatt) hier vorgelommene antisemitische Redereien „milderte“, allerdings, nach der Feststellung der „Volksstimme“, ohne mit seinen Worten eine Wirkung zu erzielen. Wir freuen uns über das Vorgehen des Herrn Hohnmann, bedauern aber noch wie vor, daß die Juden nicht die Möglichkeiten haben, im Stadtparlament selbst für ihr Recht einzutreten.

Der Wohlfahrtsverband der jüdischen Vereine Duisburgs fungierte bisher nur als Empfänger und Verteiler der jüdischen Subvention. In einer Versprechung, zu der die Vorstände der angeschlossenen Vereine geladen waren, nahm Herr Rabbiner Dr. Kenmank die Einbeziehung Hamborns in den Dachverband zum Anlaß, den Vorschlag zu machen, den Zusammenfluß auch zu tätiger Arbeit zu benutzen, aber die inneren Verhältnisse der Vereine unberührt zu lassen. Diesem Vorschlag wurde an diesem Abend nur insoweit Gennae getan, als für die verschiedenen Wohlfahrtsausschüsse der Stadt Vertreter gewählt wurden. Andere Vorschläge zu gemeinsamer Arbeit wurden diskutiert und in erneuter Beratung zurückgestellt. Die Vertreter der Außenbezirke hielten es für unmöglich, das von der Gemeinde Duisburg geplante Wohlfahrtsamt für den ganzen Stadtbezirk auszubauen, hingegen wurde die Forderung der sofortigen Errichtung des Wohlfahrtsamtes für Alt Duisburg erneut von allen in der sozialen und charitativen Arbeit Stehenden mit größtem Nachdruck erhoben.

Nathan Tillinger-Darlehenskasse. Am 3. Juli fand unter dem Vorsitz von Max Windmann eine Ausschusssitzung statt. Es wurde über die Arbeit während des 1. Vierteljahres des Bestehens der Darlehenskasse berichtet. Es wurden 30 Darlehen über insgesamt 5000 Mark ausgegeben. Die Darlehen sind sämtlich ohne Zupaufnahme einer Bürgschaft in der vereinbarten Zeit zurückgezahlt. Die Kasse hat sich als außerordentlich segensreiche Einrichtung erwiesen und es wäre zu begrüßen, wenn das Kapital sich durch weitere Spenden erhöhen würde, sodaß die Arbeit noch weiter ausgedehnt werden könnte.

Massenbestand	1,05	„	An Spenden	1430,—	„
Kassenbestand	58,40	„	An freiwilligen		
Pauschbestand	1430,—	„	Spenden	65,50	„
Außenstände			An Ausgaben	6,05	„
	1489,45	„		1489,45	„

Es wurden seit 23. März bis 2. Juli 1930 in 30 Fällen 5000 Mark an Darlehen ausgegeben.

Jüdischer Jugendbund. Infolge eines technischen Fehlers waren die Einladungen zum Heimabend am 15. Juli derart spät hinausgegangen, daß nur 20 Leute erschienen waren. Außerdem war der dritte Referent, Ernst Kirich, nicht erschienen. Nicht anwesend waren auch die passiven Mitglieder sowie die Vertreter der anderen Ortsvereine, sodaß der eigentliche Zweck des Abends, eine Aussprache mit Nichtmitgliedern herbeizuführen, illusorisch wurde. Als erster berichtete Salomon Eigenfeld, Hamborn, über die Münchener Tagung, insbesondere über das Referat von Martin Faber „Wie kann Gemeinschaft werden?“ sowie über die Generalansprache, aus der er besonders hervorhob, daß die bisherige Verbandsleitung Entlastung erhalten habe. Sogar bei der strittigen Frage der Jewish Agency sei ihre Arbeit auch von Gegnern der Jewish Agency anerkannt worden. Man habe beschlossen, daß zur Erziehung in gesamtjüdischem Denken und Wollen auch die Arbeit für Palästina gehöre. Als zweiter berichtete Altman über die soziale Nothilfe, die Neuorganisation der Stellenvermittlung und die zukünftige Arbeit des Verbandes. Einen großen Teil der künftigen Verbandsarbeit würde die Bekämpfung des Nationalsozialismus einnehmen. Es ginge nicht an, daß einzelne Organisationen diese Arbeit als ihr alleiniges Recht beanspruchten. Bei dieser Hauptarbeit müßten alle Juden mitarbeiten. Der Jugendbund habe die Aufgabe, dabei die Initiative zu ergreifen. Die einzelnen Punkte würden vom Verband noch Richtlinien für die Arbeit erhalten, auch solle versucht werden, mit nichtjüdischen Einkünften in diesem Falle zu einem Zusammenarbeiten zu kommen. — Die auf die beiden Referate folgende Generalansprache brachte nichts wesentliches. Man sprach in der Hauptsache über die Arbeitsmöglichkeiten in Duisburg. Im September soll noch einmal eine Versammlung einberufen werden, in der man über diese Arbeit sprechen will.

Jüdische Versammlung. Am 9. Juli berichtete Herr Brodinaer über den Delegiertentag des Studentenverbandes in Essen, nachdem er des verstorbenen Arztes Dr. Edvard Welber gedacht hatte. Die Studien seien heute in Deutschland fast zusammengebrochen. Der Verband sei kein Zweckverband mehr, sondern habe auch im jüdisch politischen Leben die Pflicht, mitzusprechen und mitzuentscheiden. Dem Verband seien Aufgaben in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht gestellt. Die Jugendarbeit bedürfe besonderer Beachtung. In der regen Diskussion hob Herr Gertler hervor, das Zusammengehen von Zionisten und Sozialisten sei eine Selbstverständlichkeit.

Fußball. Sportvereinigung Coblen u. Spßlein gegen TuS Duisburg 3:1 (2:1). Einen bemerkenswerten Erfolg errang beim Abendspiel am 3. Juli die 1. Mannschaft der neugegründeten Sportvereinigung der Firma Coblen u. Spßlein, wenn wir 1. Mannschaft des jüdischen Turn- und Sportvereins zu Duisburg. Auf dem Sportplatz an der Adersbühlte entwickelte sich ein hartes Spiel. Die C. u. S. Mannschaft konnte durch wandervollen Nachschub des halbtunten Zentrums in Führung gehen. Durch ein Mißverständnis zwischen Torwart und Verteidigung der C. u. S. erzielte Jans den Ausgleich. Bei Halbzeit gelang dem Mittelfeldspieler der C. u. S. Mannschaft der Führungstreffer. Derbeller Spieler erzielte Mitte der zweiten Halbzeit durch klugen Schräglagsschuß das dritte Tor. Der C. u. S. Team zeigte ein feines Zusammenspiel. Die Hintermannschaft arbeitete sehr zuverlässig. Die Mitspieler führten zwar ein gutes Einzelbild vor, doch fehlte der nötige Zusammenhang in der Mannschaft.

Das gute Beispiel. E. Wandtner, Mitglied der Jüdischen jüdischen Gemeindevertretung, läßt jeden eine Schrift erdienen: „Zur Frage einer jüdischen Volksschule in Düsseldorf“, eine instruktive, warmherzige Darstellung der Gründe, die für die Errichtung der Schule sprechen und eine wirkungsvolle Widerlegung aller Einwände, die gegen sie erhoben werden. An Hand des immer noch nicht verarbeiteten Werks von Asmar Freund, „Die Rechtsstellung der Juden im preussischen Volksrecht“, prüft der Verfasser die rechtlichen Grundlagen der Errichtung einer jüdischen Volksschule. Wir erwähnen die Schrift hier, weil sie sich an mehreren Stellen, Seite 13 und 16, mit unserer jüdischen Schule befaßt. Offenbar hat gerade deren Entwicklung Wandtner dazu gebracht, sich auch in Düsseldorf mit Falsch für das gleiche Ziel einzusetzen. Der Gedanke der jüdischen Schule macht Fortschritte. In Duisburg, Dortmund, Bochum, Essen, Oberhausen, Moers, Arfeld, M. Gladbach und Alsdorf bestehen Schulen, in Düsseldorf und Alsdorf werden sie errichtet. Vielleicht hätte der Verfasser noch darauf hinweisen können, daß die Bezeichnung von Beamtenstellen mit jüdischen Lehrern die Erringung einer materiell und ideell wichtigen jüdischen Position bedeutet.

Bar-Moscha. Eine große weitläufige Tageszeitung berichtet über einen Tennisklubkampf gegen Freiheit Eller (M-Klasse) wie folgt: Der Arbeiter-Tennisport nimmt einen recht erfreulichen Aufschwung. Neuerdings haben sich in Duisburg bisher in der hiesigen Tennisbewegung tätige Spieler und Spielerinnen der Arbeiter-Tennisbewegung angeschlossen, gegen die am letzten Sonntag der Sportverein Freiheit Düsseldorf-Eller einige Kämpfe austrug. Durchweg waren die einzelnen Begegnungen stark unipartiten, wenigstens in der Gesamtsumme der Sportverein Freiheit mit 4:1 Punkten siegreich blieb.

Mitgliederversammlung des „Jus“, jüdischer Turn- und Sportverein Duisburg. Der „Jus“ Duisburg hielt im Gemeindefestsaal Jüdischer Gemeinde eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, welche von dem Vorsitzenden Herrn Dr. Hallenstern geleitet wurde. Nach Berichterstattung der einzelnen Vorstandsmitglieder wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten. Es wurde der Antrag gestellt, daß der Fußballtrainer, Ebmann und eine Person vom Fußballauschuß die Fußballangelegenheiten regelt. (Einstimmig angenommen.) Die uns von zwei Mitgliedern in großzügiger Weise zur Verfügung gestellten 20 Mark, welche für einen Medizinball gespendet waren, werden für Anschaffung eines notwendigen Fußballes verwendet. Es wurde alsdann der Beschuß gefaßt, sämtliche örtliche Zeitungen sowohl als auch das israelitische Familienblatt und Jüdische Gemeindezeitung laufend mit „Jus“-Berichten zu versehen. Als Zengwart stellte sich unser Trainer Herr Brundmann zur Verfügung. Weiter der Jugendabteilung wurde Herr Sally v. Frank. Nachdem Ernst Weinberg sein Amt als Fußballauschußmitglied niedergelegt hat, wurde der Auschuß neu gewählt: Ebmann G. Stern, E. v. Frank und Hugo Strank als Beisitzer. Die bisher provisorisch gewählten Vorstandsmitglieder wurden in der Mitgliederversammlung einstimmig bestätigt, so daß sich der Vorstand wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender: Dr. Hallenstern; 2. Vorsitzender: Frau Stern; Kassierer: R. Voefer; Fußballobmann: Gustav Stern; 1. Schriftführer: Erich Armann; 2. Schriftführer: Rakenberg und Hel. Ellen Kleinmann als Vertreterin der Damenabteilung. Dr. Hallenstern entließ die Versammlung gegen 23 Uhr und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich nunmehr die gesamte jüdische Jugend Duisburgs in den Reihen des neutralen jüdischen Turn- und Sportvereins „Jus“ einfinden wird. — Trainingszeiten: Jeden Mittwoch 19—21.30 Uhr, Gymnastik, Turnen und Leichtathletik in der Turnhalle an der Marienstraße, jeden Sonntag vormittag 9 bis 11 Uhr Fußballtraining. A. Artnann.

Geschäftliches.

Wir weisen an dieser Stelle auf das Auserat der Deutschen Fischbrat Küchen G. m. b. H., Bremerhaven, hin und können den Gemeindefestmitgliedern den Besuch nur empfehlen. Zum Herstellen der Gerichte werden nur Teile und Naturbutter verwendet.

Briefkasten.

Verantwortlich für den Inhalt des Blattes ist — selbstverständlich — nur die Redaktion.

**Verein jüdischer
Hotelbesitzer und Restaurateure e. V.
Wo esse ich? Wo wohne ich?**

Baden-Baden, Central-Hotel

Haus I. Ranges, mit allem Komfort, Garten und Terrasse, Pension v. 11.- Mk. an. Tel. 83

Baden-Baden, Hotel Tannhäuser

aller Komfort, fließendes Wasser, Lift
erstklassige Verpflegung
Aufsicht: Rabb. Dr. Unna, Mannheim

Bad Brückenau Hotel Kaufmann

m. Dependence. Telefon Ruf 218.
Erstkl. gef. Haus. Fließ. kalt. u. warmes Wasser.
Gr. Garten. Liegewiese. Neuer mod. Speisesaal.
Vorsaison Preisermäßigung.

Bad Brückenau, Hotel Strauß

mit Dependence. Telefon 216. Schönstgl. Haus
mitten im Park, anschließ. große Liegewiesen.
Eigene Molkerei. Erstkl. Verpflegung. Fließend
warm u. kaltes Wasser. Vorsais. erm. Pensionspreise

Frankfurt a. M. Siegf. Salomon

Gr. Eschenheimer Straße 19. Seit 1897.
Vorsand von Wurst und Konserven, Restaurant.

Bad Harzburg, Hotel Parkhaus

Telephon 471
voll. mod. Komfort, fließ. Wasser, vorzgl. Verpfleg.
Vorsaison ermäßigte Preise. Bes. S. Posnanski.

HOTEL MEIER + KASSEL

Tagespension M. 8.50. Gr. Säle für Festlichkeiten

KASSEL + HOTEL EMANUEL

Mod. Komfort. Erstkl. Küche. 2 Min. v. Bahnhof

Bad Nenndorf Pension Adler

Fernsprecher 43
Kameraltyp. Haus mitten im Park. Vorzgl. Mittag- und Abend isch.

Bad Neuenahr, Hotel Meyer (Villa Bismarck)

Haus I. Ranges, aller Komfort,
schönste Lage, erstkl. Verpflegung. Telefon 743

Bad Nauheim

Adlers Kurhotel Bellevue

Emil Adler Telefon 2396 97

Das einzige jüdische Hotel am Platze mit
allem modernen Komfort. Fließendes
kaltes und warmes Wasser, Zimmer mit
Privatbad, Toilette, Lift.

Jede Diät nach genauer ärztl. Vorschrift

Nordseebad Norderney Hoffmanns Hotel Falk

Vorsaison bed. ermäß. Preise. Prospekt und Auskunft bereitwilligst.

Bad Nauheim, Hotel Flörheim

Bestgeführtes Haus, fließendes Wasser erstkl. Verpflegung. Mäßige Preise.

**Wiesbaden
Hotel Kronprinz**

Das Haus mit allem modernem Komfort

Thermalbäder, Zimmer mit Privat-Bad.
Staatstelephon, mäßige Preise.
Telephon 27 658. Besitzer: R. Rückersberg

Oberhof Hotel Blum

Fl. Wasser, mod. Haus. Ermäßigte Preise. Tel. 214

Bad Orb Herz-, Rheumatismus, Frauenleiden.

Hotel Adler, vorzgl. Verpflegung, mäßige Preise, groß. schatt. Garten. Fernruf 170.

Bad Tölz Kurpension Hellmann, modernes

Haus. Behaglicher Aufenthalt, erstklassige Verpflegung, mäßige Preise. Tel. 316

Obige Betriebe stehen unter Aufsicht des Vereins ritueller Speisehäuser E. V.

SPA-Deignon 7173
Hotel-Restaurant De Bourdon Tel. 400
RUE DELHASSE 23
1 Minute von der Bahnstation und Mineralquellen
unter Aussicht des Biterro. Ro. Robert. Anzeigen
Ermäßigte Küche
Mäßige Preise Inhaber A. BENZEN

Dieses Jahr nach

Interlaken

Hotel de la Paix

(Schweiz)

45 Betten. Ia. Verpflegung. Herrliche Ausflüge.
Neues Strandbad. Juni, September ermäßigte
Pensionspreise. Bes. Ch. Schleickorn.

Für die Reise

Dauerwellen

(bis 45 Wickel)

Ausnahme-Preis 20.— Mk.
einschl. Wasche und Wasserwellen

Salon

Grotstollen

Duisburg · Sonnenwall 50

**Vergleichs-
verfahren**

bei Zahlungsstockung, sachgem.
Erledigung schriftl. Arbeiten,
Vervielfältigungen.
Buchführung

Adolf Nathan, Duisburg,
Richard-Dehmelstraße 8 Tel. 32286

Jakob Apfelbaum

Duisburg
Niederstraße 9

Ausführung sämtlicher
Maler- u. Anstreicher-
Arbeiten bei billigster
Berechnung

Inserieren bringt Gewinn!

Central-Drogerie E. Hofius
Nachf. Hermann Ohm, Duisburg
Friedrich-Wilhelmsplatz, Ecke Kasinostr., Telefon 2689

Drogen, Chemikalien, Weine, Spirituosen,
Mineralwasser, sämtliche Badeingredienzien
Feine Parfümerien erster Firmen usw.

Mülheimer Dampfwäscherei

Annahmestelle:

Hugo Wolf, Duisburg
Mülheimer Str. 162 Tel. 3 16 15

Abt. I: Stärkewäsche . . . 60 Pfg.
Oberhemd, weiß oder bunt

Abt. II: Haushaltungswäsche 25 Pfg.
Trockenwäsche Pfund

ERNST ESPEY

Bahnamtliche Spedition
Möbeltransport, Wohnungstausch

Tel. Süd 4905/09 **Duisburg** Tel. Süd 4905/09

**Beim Einkaufen wollen Sie sich
auf das Gemeindeblatt beziehen**

Kohlen - Koks - Briketts

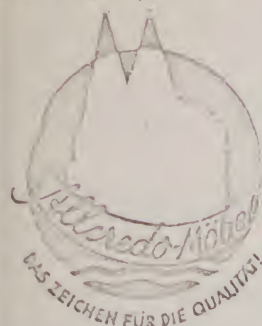
Torfstreu · Torfmull · Düngemittel · Gartenkies · Rote Gartenasche
und sämtliche

Baumaterialien
kaufen Sie vorteilhaft bei

Otto Thureau, Baustoff- und Kohlenhandlung

Büro und Lager: Merkatorstraße 83, Fernruf SN. 30598

Eröffnung!



Allcredo
Eigene Möbelfabriken
Allcredo
Eigene Großholzerei
Allcredo
Eig. Dekorationswerkstätten
Allcredo
Eigene Kreditsystem

J. Lenkowitz, Möbelhaus Alleinverkaufsstelle für Allcredo-Möbel Das richtige Möbelhaus auch für Sie!

Sonnenwall 73, Mercedeshaus

Die Allcredo Möbel und -Polstermöbel werden, wie z. B. auch die Fordwagen, auf Wunsch nach einem **Allcredo-Kreditsystem** verkauft. Es handelt sich um gute Garantiemöbel, die schönsten und liebsten Modelle, die auf Wunsch auf kleine Monatsraten abgegeben werden.

Noch nie dagewesene Sensation!
Wer jetzt kauft, zahlt die 1. Monatsrate im September 1930
Noch nie gebotene Vorteile

hat derjenige, der jetzt einen Kaufvertrag mit uns abschließt, da bei seinem Todesfalle die Ehefrau oder die Erben - ohne jede Weiterzahlung - in den Besitz der erworbenen Möbel gelangen.

Jetzt ist es Zeit Ihre Pelzsachen

billigst und gut in Ordnung bringen zu lassen
Empfehle meine neuzeitliche

Pelzwerkstätte

im Hause, geführt durch erstklassigen gewissenhaften Fachmann

Sie sparen jetzt bis zur Hälfte der Winterpreise
Neuanfertigung von Pelzmänteln usw. nach Maß für jede Größe und Figur

Eine zwangslose Besichtigung meines riesengroßen Lagers wird Sie in Erstaunen versetzen
Dazu die fabelhaft billigen Preise.

Nur im

Pelzhaus J. Frisch
Duisburg Beekstr. 68 I. Etage

Mineralwasserfabrik und Bierverlag TOBIAS FINKELSTEIN - DUISBURG

Musfeldstraße 22

Lieferung frei Haus bei billigster Berechnung

Bronsteins Privat-Gaststätte

ERÖFFNUNG

Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich am
25. JUNI 1930

eine Privatgaststätte eröffnen habe. Mein rituelles Unternehmen wird Ihnen in kaller und warmer Küche zu jeder Tageszeit nur das Beste bieten.

Mit bester Empfehlung

Bronsteins Privat-Gaststätte
Duisburg, Kühlenwall 43, Teleph. 277

KAUFE

getragene
Kleidergarderobe
Wäsche und
Schuhe

zu höchsten Preisen

Frau Wwe. Anna Kesten
Universitätsstraße 16
Telephon 4769
Komme sofort

**Insrieren
bring! Gewinn**

Reines Gänseschmalz

täglich frisch zu haben bei

Gebr. de Haan

Duisburg, Oberstraße 27, Telephon 989
Ruhrort, Neumarkt 21, Telephon 426 15
Mülheim - Ruhr, Eppinghoferstraße 21
Telephon 437 41

Karteil d. Auskunft BÜRGER

über

300 Auskunftstellen

Duisburg, Mercatorhaus, Zimmer 403-404
Telephon 30171

Wir verkaufen zu den billigsten Preisen!
Wir unterhalten die größte Auswahl!
Wir haben alles das, was Sie suchen!
Wir bitten um Ihren Besuch ohne Kaufzwang!

W. F. F. & Co.

Offizielles Hauptansehen Deutschlands

Duisburg, Königstr. 46, Fernruf Süd 314, 357.

D.-Ruhrort, Amtsgerichtsstr. 10, Fernruf 40357, 40358.

Hamborn-Marxloh, Warbruckstr. 3, Telephon 51 086.

Beachten Sie diese Preise!

Für streng koscher Geflügel: per Pfund

Hühner Mk. 1.20

junge Hähnchen Mk. 1.50

Hahnen Mk. 1.—

J. WOLF

Universitätsstraße 16

Telephon Süd 6656

AUF-, NEU-, UM- ARBEITEN

sämtl. Polstermöbel, Seegeras, Wolle, Kapokmstr., original Sehlaraßel, Umarb. alter Rattanmstr. in Orig. Sehlaraßel. Beste Materialien - billigste Berechnung

Siegm. Meyer, Polstermstr.
Fernruf 2034 DUISBURG, Beekstraße 22